

Stimmt es, dass...?

Erweiterte Fassung

...nur Aufrüstung, Kriegstüchtigkeit und Abschreckung den Frieden sichern kann?

Die Antwort ist schnell gegeben: Aufrüstung, Kriegstüchtigkeit und Abschreckung schaffen allenfalls zeitweilig eine gewisse, jedoch einseitige Sicherheit für einen Staat oder ein Staatenbündnis, nicht aber Frieden zwischen Staaten. Es erinnert an Sprachregelungen von Autokraten, wenn „Sicherheit“ mit „Frieden“ gleichgesetzt wird. „Frieden“ stellt nach Harald Müller einen klar definierbaren Zustand zwischen sozialen Akteuren dar, „der gekennzeichnet ist durch die Abwesenheit direkter, verletzender physischer Gewalt und in dem deren möglicher Gebrauch gegeneinander in den Diskursen der Kollektive keinen Platz hat.“¹ Sicherheit dagegen ist insofern ein asozialer Begriff, als er sich immer gegen einen Dritten oder etwas Drittes richtet, vor dem Sicherheit gesucht werden muss.² Mit Aufrüstung, Kriegstüchtigkeit und Abschreckung geht die Suche nach Sicherheit mittels Gewaltandrohung und Gewaltanwendung gegen den Dritten einher.

Frieden ist dagegen mehr als Sicherheit und mehr als Nicht-Krieg. Selbst in dieser enggeführten Definition von Harald Müller setzt Frieden zumindest voraus, dass ehemals verfeindete und nun in Frieden lebende Gesellschaften Institutionen der Konfliktbearbeitung ausgebildet haben und nicht mehr auf militärische Bedrohungen setzen. Ein Beispiel dafür ist die deutsch-französische Beziehung, in der die Erbfeindschaft hinter sich gelassen wurde und die nun als Frieden zu charakterisieren ist. Dies setzt Empathie, annähernd gleiche Werte und Interdependenzen sowie enge gesellschaftliche Beziehungen zwischen den Bevölkerungen voraus, für die die vielen Städtepartnerschaften ein Ausdruck sind.

Aber sichern Aufrüstung, Kriegstüchtigkeit und Abschreckung verlässlich einseitige Sicherheit? Die Risiken einer solchen Politik liegen auf der Hand. Sicherheit durch Drohpolitik verschärft das Sicherheitsdilemma, in dem sich souveräne Staaten befinden. Das, was die eine Seite als defensive Rüstung zur Sicherheit zu brauchen scheint, erzeugt bei der anderen Seite Ängste und Vermutungen über aggressive Pläne der Gegenseite. Und so versuchen beide Seiten, sich durch eigene Aufrüstung zu sichern – beide in defensiver Absicht! Doch so wird der Rüstungswettlauf

in Gang gesetzt. Da zudem beide Seiten vom schlimmsten Fall bei der Planung ihrer Vorbereitungen ausgehen, herrscht ständig Ungewissheit über die Absichten der anderen Seite. Fehlwahrnehmungen, falsch eingeschätzte Unfälle oder das schlichte Versehen können kriegsauslösende Wirkung haben. Da die Gegenseite strukturell als aggressiv eingeschätzt werden muss, leben Staaten in ständiger Unsicherheit und Kriegserwartung. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges, den alle erwartet haben, manche nicht erwarten konnten, ist ein Beispiel dafür, als nach dem Sarajewo-Attentat die Mobilisierung einer Großmacht die Mobilisierung der anderen auslöste. Heute kommt dies zum Beispiel darin zum Ausdruck, dass ein Teil der strategischen Atomwaffen der Großmächte in ständiger Alarmbereitschaft sind und sofort gestartet werden könnten. Wir leben folglich unter ständiger Bedrohung – und merken es nicht! Neben der Wirkung nach außen, sind auch die Folgen nach innen bedeutsam: die notwendige Kriegstüchtigkeit hat neben horrenden Staatsausgaben für Rüstung, Mittel die dann für Klimaschutz, Infrastruktur und Sozialstaat fehlen, hohe psychische und politische Kosten. Angst und Unsicherheit durch eine auf Gewalt und Militär aufbauenden Sicherheitspolitik sind die Folge. Und auch der demokratische Charakter des Staates wird massiv gefährdet. Denn er muss die Kriegstüchtigkeit mental durchsetzen, was letztlich heißt, alle kritischen Stimmen zur Sicherheitspolitik zu marginalisieren, zu diskreditieren oder gar zu diskriminieren, da sie angeblich das Geschäft des Gegners betreiben und die „Wehrbereitschaft“ untergraben.³

Sicherheitspolitik hat dann jedoch eine Chance, in einen Friedenszustand einzumünden, wenn sie zwar auf Widerständigkeit gegen Invasoren, nicht aber auf Bedrohung setzt, und wenn sie von einem Management der Gewaltmittel begleitet wird, das durch vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, durch Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sowie Dialogforen zu kontroversen Themen gekennzeichnet ist. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hatte diese Qualitäten. Die westliche Vormacht USA wollte jedoch Sicherheit auch nach dem Kalten Krieg mittels der NATO herstellen.

Bis heute wird zur Begründung von Aufrüstung immer wieder die römische Maxime der militärischen Stärke zitiert, gewissermaßen als ewig gültige, paradoxe Wahrheit: *„Wenn du Frieden willst, bereite den Krieg vor“*. In der Geschichte haben mit dieser Haltung nicht nur die

Römer, auch viele andere Staaten und Herrscher, viele Kriege geführt. Angesichts der heutigen, absolut zerstörenden Waffenarsenale ist eine solche Logik extrem riskant.

Dagegen lautet die Formel des friedlichen Zusammenlebens im 21. Jahrhundert:

Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten und aufbauen, Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.

1 Harald Müller: Begriff, Theorien und Praxis des Friedens, in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland, Baden-Baden, 209-250, S. 219.

2 Vgl. dazu Sabine Jaberg: Sicherheitslogik. Eine historisch-genetische Analyse und mögliche Konsequenzen, in: W&F Dossier 75, 2014 (Beilage zu Wissenschaft & Frieden 2/2014), 8-11.

3 vgl. dazu: Ulrich Böckeling, DER SPIEGEL 18/25; Julia Zeh u.a. in DIE ZEIT, 30.4.25